

Votum der Antragskommission vom 04. April 2017

Antrag Nr. 1 **Gleichstellung von Kassen- und Privatpatienten bei Arztfehlern**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Dormagen

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass alle Krankenkassen (private und gesetzliche) ihren Mitgliedern bei Verdacht auf ärztliche Therapiefehler entsprechende Gutachter kostenlos zur Verfügung stellen.

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die Patienten aller Krankenkassen bei Arztfehlern gleichbehandelt werden.

Antrag Nr. 2 **Ausbildung und Förderung von Pflegepersonal in der Altenhilfe**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Gemeinde Hille

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, der Bundesregierung und den zuständigen Verbänden für eine Steigerung der Zahl der Auszubildenden als Pflegefachkraft oder als Pflegehelfer einzusetzen. Zusätzlich soll auch die Attraktivität des Altenpflegeberufes sowohl durch eine Verbesserung der Bezahlung als auch durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zusammenspiel der Pflegekassen, der Sozialkassen und der Einrichtungsträger gesteigert werden.

Antragstext:

Der Vorstand wird gebeten, sich bei den politischen Gremien und Parteien dafür einzusetzen, dass rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen der bereits jetzt vorhandene und in wenigen Jahren extrem anwachsende Pflegenotstand verhindert wird.

Antrag Nr. 3

Verbesserung für Inhaber/innen von Behindertenausweisen ab 60 % G

Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Emmerich am Rhein

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission kann den Wunsch verstehen, dass Gehbehinderte ungenutzte Parkplätze für Schwerbehinderte nutzen möchten. Diesen Wunsch hat der Vorstand der LSV NRW bereits 2015 den verschiedenen Stellen vorgetragen und musste feststellen, dass sowohl die Nutzung der Schwerbehindertenparkplätze mit der blauen Berechtigungskarte als auch die Nutzung der anderen Parkplätze mit der orangefarbenen Berechtigungskarte durch EU-Recht beziehungsweise deutsches Recht, das Ausnahmen nicht zulässt, geregelt ist.

Verschiedene kommunale Seniorenvertretungen konnten aber durch Absprache mit der Kommune erreichen, dass bestimmte Parkplätze für Gehbehinderte ohne blauen oder orangefarbenen Berechtigungsschein zur Verfügung gestellt werden.

Die Antragskommission empfiehlt deshalb den folgenden Beschlusstext:

Die Mitgliederversammlung empfiehlt den kommunalen Seniorenvertretungen, in Verhandlungen mit den zuständigen kommunalen Stellen die Ausweisung von je 1 - 2 Parkplätzen für Gehbehinderte beim Rathaus, der Meldebehörde und den Beratungsstellen für Senioren und Behinderte zu veranlassen. Als Beispiel wird auf die Gemeinde Espelkamp verwiesen.

Antragstext:

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung setzt sich dafür ein, dass Inhaber/innen von Behindertenausweisen mit einem Grad von 60 Prozent anerkannte Schwerbehinderung und dem Kennzeichen „G“ auf Behindertenplätzen parken dürfen, ohne Gefahr zu laufen, abgeschleppt zu werden.

Antrag Nr. 4

Reform der Hinterbliebenenversorgung - Wege in die Altersarmut stoppen -

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Gladbeck

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung und den Parteien dafür einzusetzen, dass die „Hinterbliebenenrente“ wieder auf 60 % angehoben wird. Zusätzlich sollen die Freibeträge bei der Anrechnung der eigenen Rente ebenfalls erhöht werden.

Antragstext:

Die Mitglieder bitten den Vorstand der LSV NRW, sich für eine Reform der Hinterbliebenenversorgung einzusetzen.

Antrag Nr. 5

Führerschein für ältere Bürger

Antragsteller: Forum Senioren der Stadt Hamminkeln

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt den folgenden Antragstext:

Titel: Freiwillige Fahreignungsprüfung

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die kommunalen Seniorenvertretungen gemeinsam mit der Verkehrswacht bzw. den Verkehrsclubs den älteren Mitbürgern die Durchführung von Reaktionsprüfungen, Seh- und Hörprüfungen sowie Fahrtrainings anbieten.

Ein Zwang zur Durchführung von Fahreignungstests ab einem bestimmten Alter wird abgelehnt.

Antragstext:

1. Eine Empfehlung an alle Seniorenvertretungen und Vereine herauszugeben, einen Seh- und Reaktionstest auf ihren Veranstaltungen für ältere Bürger anzubieten. Es empfiehlt sich dazu der Kontakt zur Verkehrswacht oder zu Fahrschulen, da diese im Gegensatz zur Polizei nicht verpflichtet sind, bei erkennbaren Mängeln einzuschreiten. Sonst machen viele nicht mit.

2. Einen Antrag an die Landes- oder Bundesregierung zu richten, den Seh- und Reaktionstest erst auf freiwilliger Basis oder später auch verpflichtend alle 2 bis 3 Jahre vorzuschreiben. Letzteres wird von einigen unserer Mitglieder aufgrund der Kenntnis von Senioren/innen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Autofahren sollten, sogar als zwingend gefordert. Der Nachweis für den Test könnte leicht mit einer Marke im Führerschein wie beim TÜV- und Abgastest erfolgen.

Antrag Nr. 6

Umfassende Hospizversorgung

Antragsteller: Kreissenorenvertretung Steinfurt

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Krankenkassen und den Ärzteverbänden dafür einzusetzen, dass auf Landesebene eine einheitliche und umfassende Versorgung mit stationären Hospizen gewährleistet wird. Zusätzlich soll auch die ehrenamtliche ambulante Hospizarbeit unterstützt werden.

Damit soll der Wunsch der Menschen erfüllt werden, die letzten Lebenstage zu Hause im Kreise ihrer Angehörigen oder wohnortnah in einem Hospiz in Würde und Geborgenheit zu verbringen.

Antragstext:

Der Vorstand der LSV NRW soll sich auf Landesebene für einheitliche und umfassende Hospizversorgung einsetzen, die es ermöglicht, einen größeren Kreis unheilbarer Kranker aufzunehmen. Hierbei ist zu beachten, dass nicht die Zahl der Hospizplätze pro Haus erhöht werden darf, sondern die Anzahl der Hospize erhöht werden muss.

Antrag Nr. 7

Aufnahme des Seniorenbeirates in die Gemeindeordnung NRW

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Remscheid

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Bildung von kommunalen und Kreis-Seniorenvertretungen als Muss-Vorschrift in die Gemeindeordnung aufgenommen wird. Neben der Aufnahme in die Hauptsatzung erhält die kommunale Seniorenvertretung ein Rede- und Antragsrecht sowie Zugang als Sachkundige Einwohner zu allen relevanten Ratsausschüssen.

Antragstext:

Die Mitglieder bitten den Vorstand der LSV NRW, sich erneut für eine Aufnahme des Seniorenrates/-beirates in die Gemeindeordnung NRW einzusetzen.

Antrag Nr. 8

10er-Kurzstreckenticket des VRR und E-Ticket

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Remscheid

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die gängigen Einzel- und Mehrfahrentickets auch in Zukunft am Schalter, am Automaten und/oder beim Fahrer als Papierticket zu erwerben sind. Andere (technische) Lösungen werden dann begrüßt, wenn ihre Nutzung (wie beim Papierticket) einfach und unkompliziert ist. Eine Bevorzugung des „Handy-Tickets“ wird nicht unterstützt.

Antragstext:

Die Mitglieder bitten den Vorstand der LSV NRW, sich gegen den ausschließlichen online Verkauf von 10er-Kurzstreckentickets des VRR und den Einsatz von E-Tickets im Personennahverkehr einzusetzen.

Antrag Nr. 9

Medizinische Versorgung

Antragsteller: Seniorenbeirat der Gemeinde Kalletal

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Ärztekammern und den Kassenärztlichen Vereinigungen dafür einzusetzen, dass

- *die Überversorgung mit Kassenarztsitzen in den Zentren zu Gunsten der ländlichen Bereiche abgebaut wird,*

- die Ansiedlung von Hausärzt*innen und Fachärzt*innen in den ländlichen Bereichen gefördert wird und die Bedingungen der Niederlassung und des Führens der Praxis erleichtert und familienfreundlich gestaltet werden können,
- die erhöhte zeitliche Belastung in den Landpraxen (Hausbesuche etc.) durch einen Bonuszuschlag bei der Vergütung berücksichtigt wird.

Antragstext:

Sicherung der medizinischen Versorgung durch Erhalt der Arztpraxen in der Gemeinde Kalletal.

Antrag Nr. 10

Verbreiterung der öffentlichen Parkplätze

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Willich

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass in der Sonderbauverordnung die normale Parkplatzbreite auf 2,60 m festgelegt wird, da die üblichen Personenkraftwagen immer breiter werden.

Antragstext:

Die Landesseniorenvertretung NRW setzt sich in den politischen Gremien dafür ein, dass bei öffentlichen Parkplätzen eine Mindestbreite von 2,50 Meter vorliegt.

Antrag Nr. 11

Bundeseinheitliche Polizeiausweise

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Willich

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Titel: Bundeseinheitliche Polizeidienstausweise

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass bei den Polizeien der Länder und des Bundes einheitliche, fälschungssichere mit Bild und Blindenschrift versehene Polizeidienstausweise im Scheckkartenformat eingeführt werden.

Antragstext:

Die Landesseniorenvertretung NRW setzt sich dafür ein, dass bundesweit einheitliche Polizeiausweise angeschafft werden.

Antrag Nr. 12

Stimmrecht

Antragsteller: Seniorenrat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission empfiehlt, diesem Antrag nicht beizutreten.

Antragstext:

Dass die Großstädte deren Einwohnerzahl die 100.000 überschreitet, durch zwei stimmberechtigte Mitglieder vertreten werden.

Antrag Nr. 13

Schaffung eines Pflegegrades 6 zur Palliativversorgung

Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Lohmar

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Finanzierung der Palliativpflege und der Sterbebegleitung in den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen, den Hospizen sowie bei der ambulanten Palliativpflege und der ambulanten Hospizbegleitung durch eine jeweils gleiche Sondervergütung verbessert wird.

Antragstext:

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung wird gebeten, mit den zuständigen Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie den Kranken- und Pflegekassen Gespräche zu führen, um eine einheitliche Finanzierung in der Palliativbetreuung (Sterbebegleitung) zu erreichen. Ein neuer Pflegegrad sollte dann für Alten- und Pflegeheime, Hospize, Palliativstationen in Krankenhäusern und für ambulante Dienste gelten.

Antrag Nr. 14

Anpassung der Witwen-Rente

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Wesseling

Votum der Antragskommission

Siehe Antrag 4

Antragstext:

Den Antrag auf Erhöhung der Witwen-Rente bei der Bundesregierung zu stellen.

Antrag Nr. 15 **„Barrierefreier“ Zugang zu Informationen für Seniorinnen und Senioren**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Lüdinghausen

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, mit der Landesregierung Verhandlungen aufzunehmen, um eine Zielvereinbarung abzuschließen in der geregelt wird, wie ein barrierefreier Zugang zu Informationen zur selbstständigen Lebensgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Seniorinnen und Senioren mit Behinderungen geschaffen werden kann. Dazu sind auch Beratungsstellen und Informationsmaterialien in leichter Sprache vorzusehen.

Antragstext:

Der Vorstand des LSV NRW e.V. wird gebeten, auf kommunaler, Landes- und Bundesebene Verhandlungen über Zielvereinbarungen nach BGG NRW § 5 (Fn 5) Absatz (1) aufzunehmen, um Seniorinnen und Senioren einen „barrierefreien“ Zugang zu Informationen für eine selbständige Lebensgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Antrag Nr. 16 **Rederecht für Beiräte/Interessenvertretungen in den Bezirksvertretungen**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Dortmund

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und den Landtagsfraktionen dafür einzusetzen, dass die Gemeindeordnung so geändert wird, dass auch die Bezirksvertretungen Sachkundige Einwohner mit Rede- und Antragsrecht (ähnlich den Sachkundigen Einwohnern in den Ratsausschüssen) berufen können. Diese Anhörungspersonen könnten von der Seniorenvertretung, dem Integrationsrat oder der Jugendvertretung vorgeschlagen werden.

Antragstext:

Änderung der Gemeindeordnung NRW

Antrag Nr. 17

**Bettenbedarf für Krankenhäuser, geriatrische Abteilungen,
Kliniken für Geriatrie**

Antragsteller: Seniorenrat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die Krankenhausplanung den steigenden Bedarf an Betten im Bereich der Geriatrie und der geriatrischen Rehabilitation berücksichtigt. Zusätzlich muss darauf geachtet werden, dass in allen Krankenhausbereichen besondere Vorkehrungen für die Aufnahme von Patientinnen und Patienten mit Demenz getroffen werden, wie z. B. besondere Narkoseformen, geschützter Umgang unter Assistenz von Pflegenden Angehörigen und Unterbringung in besonderen Stationen.

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die Krankenhausplanung für Krankenhausbetten dem statistisch relevanten tatsächlichen Bedarf gerecht wird.

Antrag Nr. 18

Fahrkartenautomaten im VRR

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Essen

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt mit Zustimmung des Antragstellers den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber den Verkehrsverbänden und der Landesregierung dafür einzusetzen, dass

- 1. die Fahrscheinautomaten modernisiert und nutzerfreundlicher gestaltet werden,*
- 2. eine Vielzahl der Automaten mit der Video-Hilfe ausgestattet werden, so dass die Nutzer bei Schwierigkeiten direkt mit einer Personal-besetzten Verkaufsstelle (NextAgent) Kontakt aufnehmen können,*
- 3. die Automaten vereinheitlicht werden – zumindest landesweit in NRW.*

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand der LSV NRW, sich dafür einzusetzen, dass bei der erfolgten Neuvergabe der Fahrkartenautomaten im VRR-Gebiet und Einführung neuerer Automaten, ein besonderes Augenmerk auf die Vorbehalte und Befindlichkeiten der älteren Bevölkerung gelegt wird. In diesem Zusammenhang sollte der VRR gebeten werden, zu prüfen, ob der Prototyp – Next Agent – (Kombination von Fahrkartenautomat und Kundencenter – Testphase EVAG) zum Abbau von Ängsten und Hilfestellung eingesetzt werden kann, insbesondere für die ältere Bevölkerung.

Antrag Nr. 19

Mammographie-Screening ohne Altersbegrenzung

Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Bocholt

Votum der Antragskommission

Die Antragskommission unterstützt das Anliegen und empfiehlt den folgenden Antragstext:

Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die jährlichen, von den Krankenkassen übernommenen Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen (auch Krebsvorsorge) ohne Altersbegrenzung auch nach dem 70. Lebensjahr möglichst von allen Frauen, aber auch den Männern wahrgenommen werden können. Die Organisatoren des Mammografie-Screening werden gebeten, bei Beendigung des Screenings im 70. Lebensjahr auf die Fortsetzung der Krebsvorsorge im Rahmen der Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen hinzuweisen.

Antragstext:

Dass die Teilnahme am Mammographie-Screening auch nach dem 70. Lebensjahr als Vorsorgemaßnahme möglich ist.
